

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 32

Von 05.August bis 11.August

2024



„Tirol hat auf die falschen Partner gesetzt“

Andrea Haselwanter-Schneider, die Parteioberfrau der Liste Fritz, geißelt im TT-Sommerinterview die Verkehrspolitik von Schwarz-Rot und fordert einen Rechtsanspruch auf Betreuung – im Alter.

Foto: Rita Falk

Die Liste Fritz ist auf Bundesebene nicht verankert. Nach der EU- und jetzt vor der Nationalratswahl: Genießen Sie derzeit eine etwas ruhigere Zeit?

Andrea Haselwanter-Schneider: Das Gegenteil ist der Fall. Eine Partei muss es ja geben, die sich jetzt um die Interessen der TirolerInnen kümmert. Alle sind im Wahlkampf und verteilen das Fell des Bären, noch bevor die WählerInnen entschieden haben. Zu tun gibt es genug, die Probleme sind riesig. Da ist es zu wenig, wenn SP-Chef Georg Dornauer meint, er sei kein „Fahndl im Wind“ und LH Anton Mattle (VP) einen „Asylkodex“ ankündigt.

Wo gäbe es denn sofort etwas zu tun in Tirol?

Haselwanter-Schneider: Verkehr, Wohnen, Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung – für all das wäre Tirol zuständig. Da brauchen wir weder die EU noch den Bund. Um nur Gesundheit und Pflege zu nennen: Da werden weiterhin nur Arbeitskreise gebildet und die Probleme ausgesessen. Wir hatten im Oktober 2023 einen Pflegegipfel, die Pflegegehälter sollten evaluiert werden. Bis heute ist nichts passiert. Die Betroffenen werden jetzt ungeduldig. Oder: Wenn 50 Zahnärzte in Tirol fehlen – wir haben hier immer noch keine Quotenregelung für das Zahnmedizinstudium erzielen können. Die Menschen müssen auf

Kassen-Kosten medizinisch gut versorgt werden.

Wie würden Sie den politischen Status quo in Tirol beschreiben?

Haselwanter-Schneider: Der von VP/SP versprochene „neue Stil“ ist jedenfalls ausgeblieben: Ankündigungen, Überschriften, Stillstand – das trifft es eher. Die Regierung war jetzt zwei Jahre lang damit beschäftigt, politische Baustellen wie GemNova, Zillertalbahn oder Tiwag zuzuschütten. Das ist mal besser, mal schlechter gelungen. Aber wo sind denn die versprochenen Leuchtturmprojekte? Aus dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ist ein Recht auf Vermittlung eines Platzes geworden. Da hat die Regierung auf halbem Weg der Mut verlassen. Da hat man sich dann nicht mehr drübergetraut.

Sie haben im letzten TT-Sommersgespräch darauf gewettet, dass dieser Rechtsanspruch nicht von VP/SP versprochen 2026 flächendeckend umgesetzt sein wird. Bleiben Sie dabei?

Haselwanter-Schneider: Ja. Derzeit werden ja nur Pilotregionen ausgewiesen. Der „echte“ Rechtsanspruch kommt sowieso nicht.

Ist es nicht nachvollziehbar, dass es in jeder Gemeinde nicht die Möglichkeit dazu geben wird können?

Haselwanter-Schneider: Das System ist zu kompliziert und

langwierig aufgesetzt. Bis ein Kind einen Platz zugewiesen bekommt, wird es die Matura oder Lehre fertig haben.

Welche andere Leuchtturmprojekte fehlen Ihnen?

Haselwanter-Schneider: Wir fordern auch ein Recht auf Pflege und Betreuung ein. Was in jungen Jahren gilt, muss auch für Ältere gelten. Der Weg zu einem Betreuungsplatz ist für Angehörige ein Spießrutenlauf. Das ist auch dem Personalmangel geschuldet, die Landesregierung hat aber auch hier keine Anreize gesetzt. Wir bilden zwar so viele aus wie nie, in der Praxis bleiben aber nicht viele. Die gehen verloren.

Wohin?

Haselwanter-Schneider: Darüber gibt es keine Statistiken. Wir fordern seit Langem eine Fluktuationsstudie. Das derzeitige System funktioniert einfach nicht.

Das Fernpass-Paket der Regierung ist für Sie kein Leuchtturmprojekt?

Haselwanter-Schneider: Das ist ein Rohrkrepierer. Was ist der Regierung da eingefallen? Das 7,5-Tonnen-Limit wird nicht halten. Es fußt auf zwei uralten Gutachten. Und bei der angekündigten Maut-Rückerstattung für die Außerferner ist man komplett blank. Österreich hat Deutschland damals wegen ähnlicher Pläne geklagt. Die Maut ist nie gekommen. Die Rückerstattung wird nicht funktionieren. Ich habe Sor-

ge um die Anrainer entlang dieser Transitrouten.

Also Stopp zum Fernpasspaket?

Haselwanter-Schneider: Ja. Es gehört eine Volksbefragung abgehalten. Das Ergebnis muss dann bindend sein.

Ist das nicht problematisch, überregionale Projekte abhängig von einem regionalen Volksentscheid zu machen?



„Mit dieser ÖVP kann man nicht regieren. Die hat ihre Partner immer noch mit Haut und Haaren verschlungen.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Parteioberfrau)

Haselwanter-Schneider: Wir waren immer für mehr direkte Demokratie.

Wie sollen dann Großprojekte realisiert werden – etwa im Erneuerbaren-Energie-Bereich?

Haselwanter-Schneider: Wenn man im Vorfeld nicht mit den Menschen spricht, braucht man sich über Gegenwind nicht wundern. Die

Leute sind nicht per se gegen alles. Im Kaunertal verstehe ich aber den Widerstand.

Aber wie soll Tirol in der schwierigen allgemeinen Verkehrs- und Transit-Lage jetzt reagieren?

Haselwanter-Schneider: Das Wipptal wird laut Asfinag eine Dauerbaustelle. Wir müssen wieder eine Obergrenze für Transit-Lkw verhandeln. Mattle und Dornauer hoffen offenbar, dass sich das alles von selbst regelt: Alles steht und niemand kommt mehr durch. Ein Slot-System ohne Obergrenze wird uns nicht helfen. Auch der Pkw-Verkehr muss eingegrenzt werden.

Verhandeln heißt auch Kompromisse machen. Ist das Lkw-Nachfahrverbot Verhandlungsmasse?

Haselwanter-Schneider: Nein. Das ist kein Thema. Tirol hat Jahrzehnte auf falsche Partner gesetzt, wenn uns hier jetzt auch der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher in den Rücken fällt. Die Zähmung des bayerischen Löwen ist ebenso nur dürftig gelungen.

LH Mattle hat für das angespannte Landesbudget schon das eine oder andere Sparpotenzial ausgelotet. Wo würden Sie einsparen?

Haselwanter-Schneider: Es gibt keinen Spardruck, aber einen zur echten Schwerpunktsetzung. Das Budget gehört ordentlich durchforstet und von Grund auf neu aufgesetzt. Manche Budget-

zeilen sind nicht mehr zeitgemäß. Ich sehe aber wenig Einsparpotenzial. Die Menschen müssen es sich erst einmal wieder leisten können, in Tirol zu leben.

Aktuell stehen die Leistungen der Mindestsicherung wieder zur Diskussion.

Haselwanter-Schneider: Die Mindestsicherung ist für Einheimische wie Asylwerber gleich hoch. Der Großteil, der in der Tiroler Mindestsicherung ist, sind berufstätige Menschen, weil ihre Einkommen so gering sind. Das ist tragisch. Wir haben vor Jahren schon eingefordert, dass Asylwerber als Gegenleistung verpflichtende Deutschkurse und gemeinnützige Arbeit zu verrichten haben. Das muss man als Land und Bund einfordern.

Der „Asylkodex“ von Mattle ist also eine Liste-Fritz-Erfindung?

Haselwanter-Schneider: Da hätte Mattle 2015 schon unserem Antrag zustimmen können.

Hat die Liste Fritz überhaupt den Wunsch und den Plan, einmal zu regieren?

Haselwanter-Schneider: Wir könnten vieles besser. Wir haben den Willen zu Veränderung und zum Gestalten. Der Abstand zur ÖVP wird immer kleiner. Unsere Zeit kommt noch.

Das Interview führten Matthias Krapf und Manfred Mitterwachauer



► **Wieso die Liste Fritz nicht bei der Nationalratswahl antritt:** Wir haben uns als Liste Fritz bewusst dazu entschlossen, eine Tiroler Partei zu sein. Weil wir uns voll und ganz um die Anliegen der TirolerInnen kümmern wollen.

► **Über die Leistungs-Forderung der ÖVP:** Die ÖVP fordert, dass sich Leistung wieder lohnen soll. Wie soll das möglich sein, wenn die Rahmenbedingungen dafür fehlen – wie etwa für Vollzeit arbeitende Frauen bei der Kinderbetreuung?

Die Liste-Fritz-Chefin und die Nationalratswahl

► **Über eine Empfehlung für die Nationalratswahl:** Die Liste Fritz gibt keine Wahl-

empfehlung ab. Ich wünsche mir nach der Wahl eine Regierung, die endlich wieder die



Menschen im Fokus hat und nicht sich selbst und Posten. Als gelernte Österreicherin und Politikerin schwant mir aber Schlimmes. Ich fürchte mich tatsächlich vor den vielen Ankündigungen und dem Stillstand, den wir dann doch wieder haben werden.

► **Über eine neue Bundesregierung:** Die FPÖ kocht auch nur mit Wasser. Da werden wir keine Wunderwuzzi-Partei bekommen. Ich sehe, was die FPÖ kann und was nicht. Die Konstellationen werden sicherlich schwierig. Im Gegensatz zu LHSv. Georg Dornauer (SP) fürchte

ich mich nicht vor einer Dreierkoalition. Was soll daran kompliziert sein? Man wird halt mehr miteinander reden und zusammenarbeiten müssen. Das halte ich aber nicht für einen Nachteil.

► **Über eine mögliche Neuaufgabe von Schwarz-Blau:** Die Koalitionen zwischen FPÖ und ÖVP sind mir nicht in bester Erinnerung. Eine der ganz schlechten Erregungenschaften, die uns Schwarz-Blau I hinterlassen hat, ist diese unsägliche Pensionsreform. Die hat dazu geführt, dass wir heute so viele Frauen in Altersarmut haben.

Früher haben im Pensionsystem die besten zehn Jahre gezählt. Jetzt zählt ein Durchrechnungszeitraum, den insbesondere Frauen nur ganz selten erreichen.

► **Was eine neue Bundesregierung sofort für Tirol in Angriff nehmen müsste:** Wir brauchen eine ordentliche Gesundheitsversorgung, ohne Hunderte an gesperrten Betten. Es benötigt auch einen Schwerpunkt in der Verkehrspolitik. Wir brauchen hier einen verlässlichen Partner in der Bundespolitik, um in Brüssel eine starke Stimme zu sein.

Transit-Klage: Bund und Land Hand in Hand

Europäischem Gerichtshof (EuGH) liegt Italiens Klage jetzt offiziell vor. Bundeskanzleramt prüft, Tirol und Wien fixieren Verteidigungsstrategie.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck, Wien, Luxemburg – Nicht, dass Tirol heiß darauf wäre, Post vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu bekommen. Aber nachdem die EU-Kommission im Mai Italien den Klagengang nach Luxemburg eröffnet und der Ministerrat in Rom Verkehrsminister Matteo Salvini Schriftsatz vor wenigen Wochen abgesegnet hat, ist selbiger nunmehr offiziell beim EuGH eingelangt. Dies bestätigten der TT gestern sowohl Europaministerin Karoline Edtstadler als auch LH Anton Mattle (beide VP). Damit kann

„Die Anti-Transitmaßnahmen sind ein Schutzschild gegen den überbordenden Verkehr.“

Anton Mattle
(Landeshauptmann; VP)

das von Italien angestrebte Verfahren gegen Österreich aufgrund der Tiroler Lkw-Fahrverbote nunmehr offiziell anlaufen. Zugleich dürfte Salvini aber auf den Antrag einer „einstweiligen Verfügung“ verzichten haben. Diesbezüglich wurde keine Meldung an die Republik erstattet. Eine solche hätte die bekämpften Fahrverbote sofort aussetzen können, sofern der EuGH diesem Antrag stattgegeben hätte. Doch bereits im Mai hatte EU-Rechtsexperte Walter Obwexer einem derartigen Ansinnen wenig Erfolgchancen eingeräumt.

„Der Brennerkorridor wird auch durch eine Klage nicht breiter“, zeigen sich Edtstadler und Mattle unbeeindruckt. Für Mattle stehe der EuGH nunmehr vor nichts weniger als einer Grundsatzentscheidung. Also „Gesundheit der Menschen oder Interessen der Frächter-Lobby“.



Italiens Verkehrsminister Matteo Salvini wähnt sich einen Schritt weiter: Seine Transit-Klage liegt nunmehr offiziell beim EuGH.

Foto: Liebl

Tirol und der Bund haben in Erwartung der Klageeinbringung die Ausarbeitung einer „gemeinsamen Verteidigungsstrategie“ vereinbart. So sollen im Bundeskanzleramt und beim dort angesiedelten Verfassungsdienst alle wesentlichen Informationen zur italienischen Transit-Klage zusammenlaufen.

200.000 Euro für Expertisen

Um die Haltung Tirols auf EU-Ebene zu untermauern, werden Rechtsgutachten, Fachexpertisen und Studien benötigt. Hierfür hat die schwarz-rote Landesregierung unlängst einen Mehraufwand von 200.000 Euro beschlossen. Nach Bewertung und Analyse der italienischen Klagschrift werden Tirol und der Bund eine Gegenäußerung an den EuGH verfassen. Das Verfahren selbst dürfte bis zu zwei Jahre in Anspruch nehmen, heißt es. „Mattle und Tirol können auf die Unterstützung der Bundesregierung zählen“, versicherte Edtstadler gegenüber der TT.

„Die ExpertInnen im Verfassungsdienst arbeiten auf Hochtouren daran, die Klage zu analysieren.“

Karoline Edtstadler
(Europaministerin; ÖVP)

Indes reißt die Kritik an LHStv. Georg Dornauer (SP) nicht ab. Dieser hatte via TT-Sommerinterview Mattle zur Kompromissbereitschaft gegenüber den Nachbarländern Italien und Deutschland in Sachen Lkw-Nachfahrverbot aufgefordert. Mattle will an diesem aber weiter nicht rütteln. Für Liste-Fritz-Chefin Andrea Haselwanter-Schneider ist bei Dornauers Vorstoß eines klar: „Bei Lockerung des Nachfahrverbots öffnen wir die Büchse der Pandora.“



In Tirol gibt es aktuell 19 Hallenbäder und vier Thermen beziehungsweise Thermalbäder.

Symbolfoto: Springer

Viel Geld, damit Tirol beim Schwimmen nicht baden geht

Die Tiroler Bäder-Studie zeigt: In manchen Regionen braucht es dringend neue Anlagen. Das Land reagiert mit einem 75-Millionen-Euro-Fördertopf.

Von Benedikt Mair

Innsbruck – Viel Wasser floss Inn, Drau und Lech hinunter, bis es endlich so weit war. Die Präsentation der Tiroler Bäder-Studie war mehrfach verschoben worden, seit Dienstag liegt sie jetzt vor. Und soll Antworten auf die Frage liefern, wo die Menschen zwischen Kufstein, Brenner und Arlberg künftig schwimmen gehen können. Die Politik reagiert auf die Ergebnisse mit einem Fördertopf. 75 Millionen Euro stehen bis zum Jahr 2030 für Neubau, Instandhaltung und Betrieb von Schwimmbädern zur Verfügung.

Viel Überraschendes förderte die bereits im Frühjahr vergangenen Jahres von der Lebensraum Tirol Gruppe in Auftrag gegebene Studie allerdings nicht zu Tage. Die vom Beratungsunternehmen „Kohl & Partner“ durchgeführte Arbeit bildet einerseits den Status quo ab und gibt andererseits einige Handlungsempfehlungen für die Zukunft. „20 Minuten Fahrzeit vom Wohnort zur nächsten Einrichtung erachten wir als optimal“, sagte Autor Martin Mayerhofer bei einer Pressekonferenz. „Eine Fahrzeit von 30 Minuten ist noch vertretbar.“

Sorgen wurden bestätigt

Mit diesem Richtwert als Grundlage sei die Versorgung in den diversen Regionen definiert worden. 19 Hallenbäder gibt es derzeit in Tirol, dazu vier Thermen oder Thermalbäder. „Im Bezirk Landeck und rund um Kitzbühel kann von einer guten Situation gesprochen

werden“, meinte Mayerhofer. Bei Wörgl sowie in Imst gebe es Bedarf an neuen Bädern. „Hier sehen wir eine Unterversorgung. Im Großraum Innsbruck kann die Nachfrage aktuell nicht gedeckt werden.“

Die Studie empfiehlt, dass dort neue Anlagen gebaut beziehungsweise solche, die kürzlich den Betrieb einstellen mussten, saniert und wiedereröffnet werden sollen. Dazu zählt auch die in Axams. „Bäder von eins auf zwei schließen, das sehe ich nicht“, betonte Mayerhofer. „Bei jenen, die nur sehr lokalen Stellenwert haben, wäre es gut, den Bedarf dann neu zu evaluieren, wenn größere Investitionen anstehen.“ Und dann darüber zu diskutieren, ob der Betrieb noch sinnvoll sei.

Viel Bedeutung maß Landeshauptmann Anton Mattle



„Gut Ding braucht Weile. Jetzt haben wir ein unaufgeregtes und wohl durchdachtes Finanzierungskonzept.“

Georg Dornauer
(Landeshauptmann-Stellvertreter)

(ÖVP) den Ergebnissen der Erhebung bei. „Es ist eine Richtschnur“, sagte er. Für ihn sei wichtig, dass „jedes Kind in Tirol schwimmen lernen kann. Dafür braucht es Menschen, die unterrichten. Und die Eltern mit an

Bord. Aber auch eine Infrastruktur.“

Diese kostet Geld. Viel Geld. Und das möchte die Regierung bis zum Jahr 2030 nicht zu knapp zur Verfügung stellen – mit einem „Tiroler Bädertopf“ getauften Fördermodell. Ab kommendem Jahr gibt es jährlich 15 Millionen Euro, von denen zwei Drittel in Neubauten oder Sanierungen und ein Drittel in den Betrieb von Schwimmflächen fließen sollen. In Summe sind das 75 Millionen Euro, wobei 50 Millionen das Land Tirol und 25 Millionen Euro Gemeinden sowie Tourismus beisteuern.

Viel Zeit hat die Ausarbeitung der Bäder-Studie gebraucht, gab der für die Agenda zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Georg Dornauer (SPÖ) zu. „Aber gut Ding braucht Weile“, sagte er. „Jetzt haben wir ein unaufgeregtes und wohl durchdachtes Finanzierungskonzept.“ Wer Mittel aus dem Topf bekommt, entscheidet ein neu eingerichteter Beirat, den Dornauer leiten wird. Die genauen Kriterien für diesen Prozess müssen noch ausgearbeitet werden.

Er stellte klar, dass es Ziel sei, in den Gebieten mit einer Unterversorgung – sprich Wörgl, Imst und der Großraum Innsbruck – neue Hallenbäder zu errichten. „Und keines mehr zu schließen.“ Dazu bekannte sich grundsätzlich auch Landeshauptmann Mattle, fügte allerdings hinzu, dass bei Anlagen mit wenig überregionaler Bedeutung sehr wohl auch über Sinn und Unsinn großer Investitionen nachgedacht werden müsse.

Lob und Tadel für den Bäder-Topf

Karl-Josef Schubert nennt den Bäder-Topf einen „wesentlichen Schritt“, um die Tiroler Bevölkerung mit Möglichkeiten zum Schwimmen zu versorgen. Der Präsident des Gemeindeverbandes glaubt, dass mit den finanziellen Mitteln qualitativ hochwertige Anlagen errichtet und weiter betrieben werden können.

Andrea Haselwanter-Schneider sagt, dass mit den neu geschaffenen Förderungen für Tirols Bäder „zumindest das Minimalziel“ erreicht worden sei. Für die Klubobfrau der Liste Fritz bleiben jedoch „viele Fragen offen. Vor allem, was die finan-

zielle Abwicklung und Gebarung betrifft.

Gebi Mair kritisiert, dass der Finanzierungbeitrag für Tirols Bäder zu klein ausfalle. „Es wird zu einem unwürdigen Rennen von Gemeinden kommen, weil das Geld nicht für alle reicht“, glaubt der Klubobmann der Tiroler Grünen. „Damit werden die Bedürfnisse der Tiroler Familien weiter auf die lange Bank geschoben.“

Benjamin Kneisl, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Tiroler Tourismusverbände (VTT), lehnt eine pauschale Mitfinanzierung des Tourismus ab.

„Bädertopf“ deckt nicht einmal Hälfte des jährlichen Verlusts ab

Parteien und Institutionen sehen nach der Präsentation der Bäderstudie viele Fragen offen, vor allem bezüglich Finanzierung

Erfreut zeigte sich gestern die Wirtschaftskammer, „dass Tiroler Bäderbetriebe durch die Einrichtung eines Bäderbeirats künftig ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten“, sagte Obmann Ulrich Mayerhofer. Der Beirat soll für eine gerechte Verteilung der Mittel sorgen. Wie berichtet, stellen Land, Tourismus und Gemeinden 15 Millionen Euro pro Jahr, zunächst bis 2029 zur Verfügung. Somit beläuft sich der durchschnittliche Förderbetrag pro Jahr auf rund 250.000 Euro pro Hallenbad – nicht einmal die Hälfte

des jährlichen Abgangs, den im Übrigen auch neu gebaute Bäder produzieren.

„75 Millionen Euro für Tirols Bäder sind ein erster wichtiger Schritt“, betont die FPÖ. Es seien viele Fehler gemacht worden, gerade bei Kindern: Man habe beinahe eine Generation von Nichtschwimmern produziert. Standortgemeinden seien finanziell jahrelang im Stich gelassen worden.

„Minimalziel erreicht, trotzdem bleiben viele Fragen offen“, lautet die Einschätzung der Liste Fritz. Eine bloße Ankündigung eines Beirats sei inakzeptabel,

schließlich habe LHStv. Georg Dornauer viel Zeit gehabt.

Während der Gemeindeverband Zustimmung zu den geforderten 2,5 Mio. € als Zuschuss für den Bädertopf signalisierte, steht der Dachverband der 34 Tourismusverbände einer verordneten Mitfinanzierung ablehnend gegenüber. Man leiste jetzt schon erhebliche Beiträge, betonte VTT-Vorstand Benjamin Kneisl.

Die Tiroler Grünen sehen bereits eine weitere Schließungswelle über die Tiroler Bäder hereinbrechen. Philipp Neuner

Liste Fritz will Aus für Nachtflüge

2023 fanden im Schnitt jeden 3. Tag in den Nachtstunden von oder nach Innsbruck statt.

Von Verena Langedger

Innsbruck – „Wenn Betriebszeiten durchschnittlich jeden dritten Tag und damit geradezu regelmäßig überschritten werden, sprechen wir hier nicht mehr von Ausnahmen, sondern dann haben Betriebszeiten-Überschreitungen System“, sagt Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. Flughafen-Direktor Marco

„**Wenn Betriebszeiten regelmäßig überschritten werden, sprechen wir von einem System.**“

Markus Sint
(Liste Fritz)

Pernetta hatte gegenüber der *TT* erklärt, dass Starts nach 21 Uhr grundsätzlich abgelehnt würden. Zuvor hatte die Anrainerschutzgemeinschaft AIA eine Vorverlegung der Betriebszeit auf 19 Uhr angeregt. „Lärm macht nachweislich krank“, sagt Sint. Nach unzähligen Beschwerden und auch Gesprächen mit

Anrainern habe seine Liste bereits einige Anfragen zum Thema Flughafenbetriebszeiten – sowohl im Tiroler Landtag als auch im Innsbrucker Gemeinderat – gestellt. Immerhin ist der Flughafen Eigentum der öffentlichen Hand.

Es ging neben der Frage der grundsätzlichen Lärmbelästigung auch darum, dass „bei vielen AnrainerInnen die Tatsache für Ärger sorgt, dass sie wiederholt mitten in der Nacht mit Lärmbelästigungen konfrontiert sind“. Für Sint sind Betriebszeiten von 13,5 Stunden, also von 6.30 Uhr bis 20 Uhr, eigentlich ausreichend lang für den Betrieb eines Flughafens. Und er betont: „Betriebszeiten sind keine willkürliche Richtschnur, an die man sich halten kann, wenn es einem gerade passt, sondern Betriebszeiten sind festgesetzt und haben eingehalten zu werden.“

Und er liefert Zahlen aus einer Anfragebeantwortung im Gemeinderat. Im Jahr 2023 habe es 45.139 Flug-

bewegungen gegeben, also Starts und Landungen. Das seien im Schnitt 124 Starts und Landungen pro Tag. „Im vergangenen Jahr gab es 132 Betriebszeiten-Überschreitungen, davon 70 Starts nach 20 Uhr, einen Start nach 23 Uhr und 58 Landungen nach 23 Uhr. Dazu kommen drei Landungen nach 24 Uhr“, kritisiert Sint.

„Wenn Betriebszeiten durchschnittlich jeden dritten

Tag und damit geradezu regelmäßig überschritten werden, sprechen wir hier nicht mehr von Ausnahmen, sondern dann haben Betriebszeiten-Überschreitungen System.“ Ein lebensrettender Ambulanzflug müsse einmal außerhalb der Betriebszeiten erfolgen können, dafür hätten auch Anrainer Verständnis, so Sint, nicht aber für regelmäßige Überschreitungen von planbaren Flügen.



**NORDKETTE
BERGMESSE**

So, 11. August, 11 Uhr
An der Bergstation Hafelekar.

Ersatztermin nur bei
starkem Regen: So, 18. August 2024, 11 Uhr.

ALLE INFOS AUF NORDKETTE.COM

**FREIZEIT
TICKET
TIROL**

**NORDKETTE.
TOP OF INNSBRUCK**

**INNSBRUCKER
NORDKETTEN/
BAHNEN**

Kritik und Fragen zum Pfandprojekt

Für den Schönwieser Bürgermeister sind derzeit Fragen um die geplante Zählstelle West in Starkenbach offen.

Schönwies – Bis zu 60 Mio. Dosen und Flaschen sollen künftig jährlich im Schönwieser Ortsteil Starkenbach verarbeitet werden. Dort könnte die Zählstelle West für das neue Flaschen- und Dosenpfand, das mit 1. Jänner 2025 eingeführt wird, kommen.

Er könne die Sorgen der Anrainer absolut verstehen, sagt Bürgermeister Reinhard Raggl. Das Projekt wurde kürzlich auch dem Gemeinderat vorgestellt. Man wolle keine Unruhe und kein hohes Verkehrsaufkommen, betont der Dorfchef. Exakte Zahlen, wie viele Lkw bei dem Projekt zu erwarten wären, habe der Antragsteller aber nicht liefern können. Das Verfahren wurde von der Bezirkshauptmannschaft inzwischen verschoben.

Das Projekt ist in einem gewidmeten Gewerbegebiet in einer bereits errichteten

Halle geplant, sagt Raggl, der deshalb wenige Einflussmöglichkeiten sieht. Er sei selbst kein Freund des Vorhabens, die Gemeinde sei allerdings nicht Behörde.

Kritik der Liste Fritz

Kritik am geplanten Standort übte gestern die Liste Fritz. Man habe viele Zuschriften besorgter Bürger erhalten. „Da braucht man kein Prophet sein, um zu wissen, dass mit An- und Abtransport durch Lkw eine erhebliche zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung entsteht“, sagt Klubobmann Markus Sint. Für die betroffenen Anrainer sei das nicht zumutbar.

Ein Sammelzentrum für Westösterreich sei zwar notwendig, man fordere aber einen sinnvollen Standort. Ohne Bahnanschluss sei das „unklug, unsinnig und undenkbar“, sagt Sint. (mr)

Rechtmäßigkeit

bezweifelt

Kritik und Anfragen der Liste Fritz zur Bierhoff-Immobilie in Hochfilzen; Bgm. Walk: „Alles genehmigt“.

VON NIKOLAUS KOGLER

HOCHFILZEN. Medial und politisch rückte wiederholt ein Grundstücks-/Immobilien-Deal in Hochfilzen in den Fokus: Jener von Ex-DFB-Manager Oliver Bierhoff (wir berichteten mehrfach).

Kritik kommt aktuell erneut von der Liste Fritz. „Bierhoff kaufte einen genehmigten Freizeitwohnsitz mit 103 m² Wohnnutzfläche und baute großzügig aus. Das moderne Haus, das jetzt dasteht, schaut für mich nach mehr als den genehmigten 103 m² aus. ÖVP-LR Josef Geisler wollte trotz Landtagsanfrage nicht mitteilen, wie viel

Wohnnutzfläche jetzt nach dem Um- und Ausbau dort zur Verfügung steht. Eigenartig, denn wenn alles sauber wäre, könnte er es doch beantworten. Daher verlangen wir als Liste Fritz, die Zahlen auf den Tisch zu legen, um wie viel größer ist der genehmigte Freizeitwohnsitz nach dem Um- und Ausbau geworden?“, fragt Klubobmann Markus Sint.

„Auf dem ehemaligen Bauernhof-Grundstück, ebenfalls im Freiland, baut Bierhoff seit Monaten ein neues Wohnhaus mit großzügiger Garage. Laut Geisler zur Privatzimmervermietung, was so unglaublich klingt, wie es ist. Wer glaubt, dass ein millionenschwerer Investor um viele Millionen ein Anwesen kauft, es um viel Geld ausbaut und dann dort eine Privatzimmervermietung betreibt? Wer kauft sich um Millionen ein Anwesen ohne Nachbarn, um sich dann



Die Baustelle beim Bierhoff-Anwesen.

Foto: Liste Fritz

Touristen in sein Haus zu holen? Das ist absolut lebensfremd. Zudem stellt sich auch bei den laufenden Bauarbeiten die Frage, ob das Anwesen nach dem Um- und Ausbau größer wird. Auch hier gehören die Fakten auf den Tisch“, so Sint.

Eine Anfrage dazu ging auch an LR Mario Gerber (eine Antwort dazu lag bisher nicht vor, Anm.). In Tirol gilt die Regelung, dass Häuser im Freiland um bis zu 25 % bzw. 300 Kubikmeter ausgebaut werden dürfen. Diese Freiland-Regelung ist viel zu großzügig ist und gehört geändert, weil



Neues Wohnhaus neben dem Bauernhof.

sie immer wieder missbraucht wird. Investoren, Gemeinden und die Landesregierung befeuern damit den Ausverkauf Tirols, zulasten der Einheimischen, so das Resümee der Liste Fritz.

Zur Vorgeschichte:

In den 1960er-Jahren wurde der erwähnte Hof von einem Deutschen gekauft und die Errichtung eines Freizeitwohnsitzes genehmigt. Später kam das Anwesen (mit Grundstück, aufgelassene Hofstelle, Freizeitwohnsitz) auf den Markt – und wurde von Bierhoff gekauft.

Einen Großteil der Grundfläche verkaufte Bierhoff an einen Bauern weiter; diese Fläche kam demnach wieder in inländische Hand. Der Freizeitwohnsitz wurde abgerissen und neu gebaut. „Alles geprüft und genehmigt“, betonte Bgm. Konrad Walk im MeinBezirk-Gespräch.

Der Hof war zuletzt vermietet (einheimischer Hauptwohnsitz). „Es gab dann eine Baugenehmigung nach zwei Bauverhandlungen und Nutzungsprüfung. Alles wurde vom Land gegengecheckt. Es fand bzw. findet eine legale Sanierung statt“, so Walk. Der Hof kann dann vermietet werden. „Es ist alles rechtlich sauber. Hätten wir das Bauansuchen nicht genehmigt, wäre das Amtsmissbrauch und Willkür. Das ist dasselbe, wenn man ein nicht genehmigungsfähiges Bauvorhaben doch genehmigt“, so der Ortschef, „einen Fall Bierhoff gibt es also nicht.“

Errichtung von Villen stößt auf viel Kritik

Doppelhausvillen und Wohnblöcke werden im Zentrum gebaut; Bürgermeister verteidigt Projekt.

KIRCHDORE Derzeit werden mitten im Kirchdorfer Zentrum von der Familie Hunger drei Gebäude errichtet. Im gesamten Bereich „Wintersteller-Einfang“ (17.000 m²) werden dort bei Fertigstellung durch die Firma Swietelsky zehn Doppelhausvillen und sechs Wohnblöcke stehen. Zusätzlich sollen ein Café, Gewerbeflächen sowie Parkplätze (u. a. für die FW Kirchdorf, Anm.) errichtet werden. „Alle Einheiten werden aufgrund von Altwidmungen am freien Markt verfügbar sein. Ein Wohnen wird aber nur möglich sein, wenn hier in Kirchdorf der Hauptwohn-

sitz angemeldet wird und die Bewohner auch ihren Lebensmittelpunkt in unserer Gemeinde haben werden“, sagt Bürgermeister Gerhard Obermüller.

Das Projekt wird in den Reihen der Bevölkerung kritisch betrachtet, da es sich um Wohneinheiten im Luxussegment handelt, wie auch der ORF kürzlich berichtete. „Auf einer englischen Anbieterseite wird eine Doppelhausvilla um knapp 3,3 Mio. € angeboten“, schrieb der ORF am 16. Juli. Kritik kam auch von der Liste Fritz, die in diesem Projekt einen „weiteren Ausverkauf Tirols“ sieht.

Kritik von Alt-Bürgermeister

„Die Widmungen wurden bereits in den Gemeinderäten unter meinen Vorgängern in den Jahren 1982 von Michael Nothegger und 2016 von Ernst Schwaiger



Der Villenbau sorgt für Kritik aus der Bevölkerung.

Foto: Sanbege

beschlossen. Der letzte Teil wurde erst drei Wochen vor meinem Amtsantritt gewidmet“, so Obermüller. Warum sich ausgerechnet Schwaiger nun gegen das Projekt richtet, ist dem Ortschef unklar, seien es doch im Gegenzug in den Jahren 2016 bis 2018 über 250 Wohnungen im sozialen Bereich, die bereits übergeben bzw. noch übergeben werden. „Jede Neuwidmung ist mit einem strengen Raumordnungsvertrag behaftet“, so der Ortschef. (joba)

Verstärkung für Scharnitzer Deponiegegner

„Liste Fritz“-Klubomann Sint stellt sich hinter die besorgten Bürger und spricht sich klar gegen das Projekt aus

In der Debatte um die geplante Aushubdeponie in Scharnitz hat sich jetzt auch „Liste Fritz“-Klubomann Markus Sint zu Wort gemeldet. Er sieht gleich wie Bürgermeister Christian Ihrenberger und die Initiatoren einer Unterschriftenaktion überhaupt keinen Bedarf an einer Schuttdeponie am Ortsrand von Scharnitz. „Wir als ‚Liste Fritz‘ stellen uns zu 100 Prozent an die Seite der Scharnitzer Bürger und des Bürgermeisters und sagen Nein zur geplanten Deponie“, stellt Sint in einer Presseaussendung fest.

Von Gebi G. Schmögl

„Für diese Deponie gibt es überhaupt keinen Bedarf, sie ist am völlig falschen Standort geplant, die Zufahrt mit LKW verursacht schwere Sicherheitsprobleme. Zu Recht wehren sich hunderte Bürger und die Gemeindeführung gegen tausende zusätzliche LKW-Fahrten, gegen krankmachenden Staub und Lärm“, erklärte „Liste Fritz“-Klubomann Markus Sint bei einem Lokalausgessen mit Bürgern und Gesprächen mit Bürgermeister, Vizebürgermeister und Gemeindevertretern. Geplant ist bekanntlich eine 54.000 Kubikmeter fassende Aushubdeponie, die innerhalb von 20 Jahren verfüllt werden

soll. Allein daraus ergeben sich mindestens 10.800 Zu- und Abfahrten mit schweren Lastwagen. „Zusätzlich mehr als 10.000 LKW-Fahrten nach Scharnitz zu lotsen, wäre geradezu ein politischer Schildbürgerstreich. Die Landesregierung hat nach jahrelangem Hin und Her mit viel Steuergeld eine Umfahrung in Scharnitz errichtet, um die geplante Bevölkerung vom Durchzugsverkehr zu entlasten. Jetzt eine Deponie zu genehmigen und zusätzlichen Verkehr heranzuziehen, ist absurd. Außerdem bringt die geplante Zwischenlagerung von Material noch mehr LKW-Verkehr. Dient eine Deponie als Zwischenlager, wird dort Material hingebbracht, zwischengelagert und von dort wieder weggebracht. Und die geplante Sieb- und Brechanlage führt zu massiver Lärm- und schädlicher Staubbelastung“, versteht Markus Sint die Ängste, Sorgen und Befürchtungen der Bevölkerung sehr gut.

KEIN BEDARF FÜR DEPONIE IN SCHARNITZ. Mit rund 500.000 Kubikmeter genehmigtem Deponievolumen im Umkreis von Scharnitz und insgesamt mehr als drei Millionen Kubikmeter Deponievolumen gebe es im Bezirk Innsbruck-Land ausreichende Deponiekapazität. „Mit Stand Ende 2022 war freie Deponiekapazität für die nächsten sieben Jahre gegeben. Seitdem hat die Landesregierung laufend weitere Depo-



„Liste Fritz“-Klubomann Markus Sint (m.) traf sich mit besorgten Scharnitzer Bürgern zum Lokalausgessen.

Foto: Liste Fritz

nien genehmigt, und geplante sehr große Deponien sind gerade im Genehmigungsverfahren. Für diese Deponie in Scharnitz gibt es überhaupt keinen Bedarf, Null! Da will sich ein Grundbesitzer eine goldene Nase verdienen, und die Bevölkerung zahlt die Zeche, das darf nicht sein!“, stellt „Liste Fritz“-Klubomann Markus Sint klar und macht auf offene Fragen aufmerksam. „Ein Teil der Deponie liegt auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche, ein Teil in der Roten Zone und der Rest in der Gelben Zone. Zudem soll für die Deponie Wald abgeholzt werden, der laut Land Tirol eine Objekt- und Standortschutzfunktion hat!“

UNSINNIGEN DEPONIEWILDWUCHS IN TIROL ENDLICH BEENDEN – MITSPRACHE FÜR GEMEINDEN EINFÜHREN! „Es vergeht kein Monat ohne neue Ansuchen für Bodenaushubdeponien

in Tirol, obwohl es tirolweit 200 aktiv genutzte Deponien gibt!“, so Sint, der auch im Bezirk Innsbruck-Land keine Notwendigkeit für weitere Bodenaushubdeponien sieht. „Es braucht

miet-lagerboxen

Nähere Infos unter www.risa-lagerbox.at

risa
LAGERBOX

Download: RISA | Seite 2 | 6410 Telfs

einerseits eine Bedarfserhebung und dann Genehmigungen nach Bedarf. Andererseits muss die schwarz-rote Landesregierung endlich den Gemeinden wirkliche Mitsprache geben. Am besten mit dem Liste Fritz-Vorschlag einer Sonderflächenwidmung für Deponien. Das ist rechtlich machbar, aber politisch nicht gewollt. ÖVP und SPÖ blockieren diese Hilfe für Bürgermeister und Bürger!“, erklärt Sint abschließend.



Ein klares Votum gegen die geplante Aushubdeponie. RG-Foto: Scheel

Tschirgant im Fokus

Tunnelprojekt wieder in der politischen Diskussion

(mg) Der Tschirganttunnel ist wieder in Diskussion. Ob er eine Entlastung für die verkehrsgeplagten Gemeinden im Gurgltal und auf dem Mieminger Plateau bedeutet oder mehr Verkehr bringt, darüber scheiden sich die Geister.

Die Oberländer Nationalrätin Elisabeth Pfurtscheller und Nationalratskandidatin Margreth Falkner sehen in der Ankündigung von Bundeskanzler Karl Nehammer, dass Infrastruktur ganzheitlich gedacht werden muss, neuen Schwung für Tiroler Verkehrsprojekte wie den Tschirganttunnel. „Tirol hat vorgelegt und mit dem Fernpasspaket bereits ein machbares Maßnahmenprogramm auf den Weg gebracht, bei dem das 7,5-Tonnen-Lkw-Fahrverbot auf der B179 bleibt und die Belastungen reduziert werden. Insbesondere die Umsetzung eines Tschirganttunnel-Projekts, das Rücksicht auf die Gemeinde Haiming nimmt, würde eine wichtige Entlastung für das Tiroler Oberland im Allgemeinen sowie das Gurgltal im Besonderen bringen. Bisher hatte der bei der grünen Verkehrsministerin Gewessler leider keinerlei Priorität, aber ich bin überzeugt davon: Die Menschen in der Region haben sich eine Entlastung durch eine Tunnellösung mehr als verdient. Bereits im Rahmen einer Petition an den Bund haben wir 2016 den Tschirganttunnel als Ergänzung zu einem Fernpass-Paket gefordert“, erklärt Pfurtscheller. ÖVP-Nationalratskandidatin Falkner: „Der Tschirganttunnel soll umgesetzt werden, denn dann gibt es für die Anrainer im Bezirk Imst eine maßgebliche Entlastung. Insbesondere die Landschaftsschutzgebiete Gurgltal und Mieminger Plateau bzw. die Gemeinden Tarrenz und Obsteig werden durch den Tunnel maximal geschützt. Es darf bei der Umsetzung solcher großen Vorhaben keine Zeit verloren gehen, die Volkspartei muss als bestimmende Kraft in der nächsten Regierung dieses Projekt im Sinne der Bevölkerung im Tiroler Oberland ganz weit oben auf die Agenda schreiben.“

BEFÜRCHTETE VERKEHRS-

ZUNAHME IM AUSSERFERN.

„Dass die ÖVP gerade jetzt wieder die längst überholten und schon mehrfach verworfenen Pläne zum Tschirganttunnel wieder aus dem Papierkorb holt, ist nichts mehr als ein Wahlkampfschmäh, noch dazu ein schlechter“, so NEOS-Klubobmann Dominik Oberhofer. Der Tschirganttunnel allein in Kombination mit der Fernpassstrategie des Landes wäre aus Sicht der NEOS eine weitere Ka-



Der Tschirganttunnel ist wieder Thema – für die ÖVP ein wichtiges Verkehrsprojekt zur Entlastung des Oberlandes, NEOS und Liste Fritz orten Wahlkampfschmäh.

tastrophe für das verkehrsgeplagte Außerfern. „Dadurch entsteht eine neue Verkehrsroute, die nur noch mehr Verkehr in den Bezirk zieht. Der Tschirganttunnel wäre für uns nur andenkbar, wenn auch der Gartnerwandtunnel realisiert wird. Das jetzige Stückwerk der Landesregierung mit Bemaunung und Scheiteltunnel wird im Außerfern abgelehnt, mit dem Tschirganttunnel alleine würde es noch schlimmer werden“, so Oberhofer. „Das ist nicht mehr als ein ÖVP-Wahlkampfschmäh und eine freche ÖVP-Wählertäuschung“, meint auch Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint: „Statt machbare Lösungen in Absprache mit der Bevölkerung zu präsentieren, baut die ÖVP-Luftschlösser. Die Bürger haben diese ÖVP-Politik satt. Nach der Polit-Watschn zum Fernpassstunnel und zur Maut durch die Nassereither Bürger holt die ÖVP zur Ablenkung das Polit-Ungeheuer Tschirganttunnel aus der politischen Mottenkiste.“ Sint ist davon überzeugt, dass der Tschirganttunnel nach den Wahlen wieder in der Schublade verschwinden wird. Für den Klubobmann der Liste Fritz steht fest: „Der Tschirganttunnel löst das Verkehrsproblem nicht, im Gegenteil, er verschärft es. Da schafft die ÖVP eine neue Transitstrecke durch Tirol, die noch mehr Verkehr bringt. Ganz besonders für das ohnehin verkehrsgeplagte Außerfern ist das eine Horrorvorstellung! Mit dem Bau des Tschirganttunnels fällt auch das LKW-Fahrverbot über 7,5 Tonnen ganz sicher.“

Wann liegt die Bäderstudie auf dem Tisch?

„Studie sollte am 9. Juli vorgestellt werden, doch sie lässt immer noch auf sich warten“, kritisiert „LF-KO“ Sint

Seit 2011 gibt es 69 Schwimmbäder weniger in Tirol und damit weniger Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, schwimmen zu lernen. Immer noch unständig ist die Bäderstudie des Landes, die für Ende Juni versprochen war, und eine Finanzierung für die Erhaltung der verbliebenen Schwimmbäder. Scharfe Kritik kommt von „Liste Fritz“-Klubobmann Markus Sint. „Samuel Becketts Bühnenstück ‚Warten auf Godot‘ steht Pate für jenes politische Theater, das die schwarz-rote Landesregierung in Bezug auf die Veröffentlichung der mehrmals angekündigten Bäderstudie abliefern“, schimpft der Oppositionspolitiker.

Von Gebi G. Schnöll

„Mit großer Verspätung hat die Landesregierung die Bäderstudie im Auftrag gegeben und für den 9. Juli die Vorlage angekündigt. Der 9. Juli ist vorbei, der Sommer da, aber die Bäderstudie fehlt!“ – Für „Liste Fritz“-Klubobmann Markus Sint ist dies ein Vorgangsweise unverantwortlich. „Denn für die Standortgemeinden von Schwimmbädern tickt die Uhr, sie brauchen endlich Planungssicherheit und Finanzierungszusagen. Das Bädersterben in Tirol darf nicht so weitergehen. Viele Bürgermeister und Gemeinderäte stehen mit dem Rücken zur Wand. Etliche Schwimmbäder in Tirol sind in die Jahre gekommen, müssen saniert oder gar neu gebaut werden. Die finanzielle Hauptlast tragen dabei immer noch und fast ausschließlich die Standortgemeinden.“

RASCHE HILFE! Ohne schnelle Hilfe des Landes wird es auch in diesem Jahr zu weiteren Baderschließungen kommen. Für Sint besteht daher nach wie vor akuter Handlungsbedarf. „Wir müssen jenen Gemeinden sofort helfen, die sich mit dem laufenden Betrieb ihres Bades schwer tun. Dann brauchen jene Gemeinden, deren Bäder zu sanieren oder neu zu bauen sind, einen klaren Plan. Von Ehrwald über Axams bis nach Fieberbrunn. Das monatliche Hinauszögern von klaren Vorgaben und Entscheidungen durch die schwarz-rote Landesregie-

rung ist unverantwortlich und geradezu fahrlässig“, stellt Sint fest, der von der ÖVP-SPO-Landesregierung endlich die Vorlage der Bäderstudie einfordert.

„ES BRAUCHT KLARE FINANZIERUNGSSUSAGEN!“ – Die Bäderstudie ist so gut, so klar sie die offenen Finanzierungsfragen klärt. Und wie mir zu Ohren gekommen ist, spielt es sich an Landesbauplanung und Finanzreferent Anton Matle. Er will offenbar vom angekündigten Drei-Säulen-Finanzierungsmodell durch Planungsverband, Tourismusverband und Land Tirol so nichts wissen. Aber ohne klare Finanzierungszusagen ist den Standortgemeinden nicht geholfen. Wie bei der Finanzierung des MCI-Neubaus hält sich Landesbauplanung und Finanzreferent Matle auch bei der Bäderstudie in Schweigen und blockiert damit die Vorlage der Bäderstudie“, kritisiert Markus Sint die „Hinhaltetaktik“. Für die „Liste Fritz“ herrscht in Sachen „Bädersterben stoppen!“ dringender Handlungsbedarf: „Schwimmen rettet Leben, schwimmen ist gesund und ein noch leistungsfähiger Sport- und Freizeitvergnügen. Deshalb sind für uns als „Liste Fritz“ Tirols Schwimmbäder eine unverzichtbare Infrastruktur. Die ist zu erhalten bzw. dort auszubauen, wo es Lücken in der Versorgung der Bevölkerung gibt. Aber die schwarz-rote Landesregierung schaut nach wie vor zu, verzögert und scheint nicht gewillt, dem Bädersterben ein Ende zu bereiten“.



69 Bäder haben seit 2011 in Tirol geschlossen. Betroffen ist auch das Freizeitzentrum in Axams. (RS-Foto: Archiv/Gürvöl)

LH-STV. DORNAUER BESCHWICHTIGT. LH-Stv. Georg Dornauer erklärt auf RUNDSCHAU-Anfrage: „Aktuell wird ein Bädergipfel mit allen betroffenen Stakeholdern vorbereitet. Dort wird die Bäderstudie und das daraus abgeleitete zukunftsorientierte Investitions- und

Betriebsfinanzierungskonzept des Landes Tirol präsentiert. Die Inhalte werden unmittelbar nach dem Bädergipfel den Medien vorgestellt.“ Wie inzwischen bekannt wurde, liegt die Bäderstudie nun fertig am Tisch und soll noch im August der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Diebstähle in Badeanstalten sind oft leicht möglich

(Gesch.) Die Seen und Freibäder sind derzeit sehr gut besucht und vielfach ist es schwierig, überhaupt noch eine freie Stelle für das Baden zu finden. Doch nicht alle Badebesucher hegen ehrliche Absichten, weiß Armin Kahenberger, Leiter des Bereichs Eigentumschutz im KFV. In zwei Themen und fünf Freibädern hat man nämlich auf verwaisten Badetüchern Ausschau nach potenziellen Diebstahlgefallen. An 33 Prozent der untersuchten Badeanstalten lagen unbefürsichtigt ein oder mehrere Gegenstände herum, darunter 221 Badeschlösser, 161 Handtaschen, 134 Sonnenbrillen, 26 Handys, neun Uhren, sechs Schmuckstücke, vier Tablet-PCs und noch etliches mehr. „Lassen Sie nicht notwendige Wertsachen einfach zu Hause. Denn das ist der beste Schutz vor Diebstahl im Bad. Bargeld sollte nur

so viel wie nötig mitgenommen werden und das Handy und andere Wertsachen vor dem ins Wasser gehen sicher in einem Badeschlösschen versperrt werden“, appelliert der KFV-Experte. Denn wenn etwas am Baderplatz gestohlen wird, hafte die Bestohlenen auf jeden Fall selbst und nicht etwa die Badbetreiber. Waren die gestohlenen Sachen hingegen in einem Käschen versperrt, hafte Betroffene und Badbetreiber in der Regel geteilt, und falls eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wurde, dann ersetzt diese den Schaden“, erläutert KFV-Experte Kaltmayer. Falls keine Schlösschen im Bad vorhanden sind, gibt es beispielsweise Schwimmböden, in denen im aufgebauten Zustand Wertsachen verstaubt und beim Schwimmen mitgeführt werden können.